

Zwettl

EKZ-Gegner blitzen mit Forderungen ab

Die Gemeinde hat einen Initiativ-Antrag besorgter Bürger abgelehnt, weil darin zum „Nicht-Handeln“ aufgefordert wird.



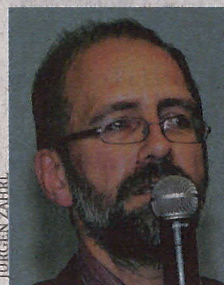
3-D-Modell: So soll das geplante Shopping-Center in Zwettl aussehen

VON JÜRGEN ZAHRL

Die Mitglieder der Bürgerinitiative „Zwettl 2020“ schütteln den Kopf. Sie sind verärgert, weil Bürgermeister Herbert Prinz nach Rücksprache mit Stadtamtsdirektor Hermann Neumeister ihren Initiativantrag abgelehnt hat. Die Begründung klingt kleinlich, auch wenn der Stadtjurist von gesetzlicher Vorgabe spricht:

Der Gemeinderat kann nicht zum „Nicht-Handeln“ veranlasst werden. Mit dem Antrag wollten die Gegner des Einkaufszentrums (EKZ) die Mandatare dazu zwingen, das hoch brisante Thema im nächsten Gemeinderat zu diskutieren und sie aufzufordern, die geplante Umwidmung zu unterlassen.

Wie berichtet, wehrt sich eine Gruppe von Bürgern gegen das Projekt, weil sie die Geschäftslandschaft der Innenstadt wegen der Größenordnung des EKZ gefährdet sehen. Außerdem befürchteten die Anrainer zusätzliche Lärmbelastung. Auf dem zirka 13.000 Quadratmeter gro-



JÜRGEN ZAHRL

Bürgerinitiative: Wittig (li.) spricht von einer juristischen Spitzfindigkeit. Prinz ließ den Initiativ-Antrag lange prüfen



JÜRGEN ZAHRL

ßen Gelände in der Gartenstraße, das für den EKZ-Bau noch in „Bauland Kerngebiet – Handelseinrichtungen-Aufschließungszone“ umgewidmet werden muss, will der Investor Reinhold Frasl ein 45 Millionen Euro teures Shoppingcenter mit 40 Geschäften, fünf Gastronomiebereiche und zirka 600 Parkplätze errichten.

Mitsprache „Es zeigt sich, dass es unerwartete Hürden gibt, will man als Bürger bei einem laufenden Verfahren oder Projekt mitreden“, ärgert sich Ralf Wittig, Mitglied der Initiative, der von einer juristischen Spitzfindigkeit der Gemeinde ausgeht. Ob-

wohl mit 668 Unterschriften die erforderliche Anzahl der Bürger übertroffen wurde, hat Bürgermeister Prinz den Initiativantrag abgelehnt.

„Ein wesentlicher Punkt wurde nicht erfüllt. Der Gemeinderat muss zu einer aktiven Handlung veranlasst werden“, sagt Stadtamtsdirektor Neumeister: „Es hätte zum Beispiel heißen müssen. Der Gemeinderat wird aufgefordert, das Areal in Bauland Wohngebiet umzuwidmen.“ Die Gemeinde habe sich an Gesetze zu halten, sagt Neumeister. Dennoch gibt die Initiative noch nicht auf. Bis Anfang November will sie Einsprüche gegen die Umwidmung formulieren.

Wa
N
W:
A
gu
Do
bei
au/
tal
tigu
zer
ein
zu
stu
zur
»
En
wir
Nä
net
Sch
der
reio
—
3
Tra
E
Hä
bau
per
nut
Feu
hilf
zirk